ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Röper, Burkhardt

Article — Digitized Version

Westdeutschlands Stellung im europäischen Kräftespiel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Röper, Burkhardt (1952) : Westdeutschlands Stellung im europäischen Kräftespiel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 3, pp. 152-153

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131482

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

wirtschaftet! Mehr noch, es hat sich dort in den letzten 5 Jahren eine Serie von Ölfunden ergeben, die der kanadischen Entwicklung in den nächsten beiden Dekaden das Gepräge geben wird.

Möglichkeit für Produktionsgüter

Das führt zu einem weiteren Hinweis: Es wäre falsch, wenn die deutsche Ausfuhrwirtschaft Kanada ausschließlich oder hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel der Konsumgüter betrachten würde. Kanada braucht Maschinen, braucht Ausrüstung für seine Erschließung von Öl und Mineralien. Die USA. und Großbritannien allein können diese Maschinen nicht in allen Fällen liefern. Deutschland hat die Möglichkeit, viele seiner Spezialitäten, ja, ganze Fabriken zu liefern und sich etwa bei der Entwicklung der Ölchemie oder der Erschließung neuer Metallvorkommen oder der Holzverarbeitung oder auch der großen Verkehrsprojekte einzuschalten. Der Vorteil liegt auf der Hand, am Anfang dabei zu sein. Am Beginn einer Entwicklung besteht die Möglichkeit, neben den ersten Aufträgen auch die Einflußnahme auf künftige Gestaltungen und auf die daraus sich ergebenden Aufträge zu gewinnen. Sicherlich ist dabei oft Kapital erforderlich, das von deutscher Seite auch in den Fällen schwer aufzubringen ist, in denen es im deutschen Interesse liegen kann, Investitionen für die Errichtung von Zweigfabriken und dergleichen zu unterstützen. In manchen anderen Fällen wird jedoch die deutsche Beteiligung im „Know How", in den Fachkenntnissen oder im Einbringen von Maschinen liegen können, während das Betriebskapital örtlich, etwa mit Hilfe provinzieller Interessenten oder in Kanada und den USA. aufgebracht werden kann.

Es gibt also viele Möglichkeiten, Deutschland am Aufschwung Kanadas zu beteiligen. Eines sollte man dabei nicht vergessen: Deutschland muß auch als Land und als Volk in Kanada bekannt werden. Die deutschen Einwanderer in Kanada — im letzten Jahre mehr als 32 000 — und die kanadischen Truppen der 27. Brigade in Deutschland tragen sehr viel dazu bei. Eine systematische Werbung, etwa durch die Fremdenverkehrszentrale, für Deutschland, für seine Landschaft und für seine Menschen, könnte dieser „freien Publizität", die Deutschland in Kanada genießt, den Anreiz hinzufügen, mehr über Deutschland zu erfahren. (K. W.)

Dr. Burkhardt Röper, Hamburg

Westdeutschlands Stellung im europäischen Kräftespiel

Nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation, des politischen und sozialen Chaos begann um die Jahresmitte 1948 Westdeutschlands Wiederaufstieg mit einer Währungs- und Wirtschaftsreform. Die Funktionsunfähigkeit des Kontrollrats für die vier Besatzungszonen und Berlin wurde beseitigt und die damit verbundene Erstarrung aller Wiederaufbauarbeiten gelöst. Es formierten sich allmählich zwei gegensätzliche politische Gebilde — die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik — sowie eine Enklave des Westens in Mitteldeutschland — Westberlin. Die Luftbrücke, die anlaufenden Marshallplanlieferungen, der allmähliche Abbau wirtschaftlicher und politischer Beschränkungen bildeten ein starkes Auftriebselement für die nun entstehende westdeutsche Volkswirtschaft: Das Volkseinkommen, insbesondere aber die Industrieproduktion und der Außenhandel zeigten einen gewaltigen Anstieg und überdeckten — vor allem in den Augen des Auslandes — die Not und scheinbare Ausweglosigkeit, in der noch immer Millionen Deutscher ausharren. Die westdeutsche Bundesrepublik einschließlich Westberlins ist zu einem entscheidenden Faktor in der gesamten Europapolitik geworden: Von der Lösung der vielen noch ungeklärten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Probleme hängt zum großen Teil Erfolg oder Mißerfolg der west- und mitteleuropäischen Völker- und Verteidigungsgemeinschaft ab.

Welche ökonomischen Aktiva und Passiva hat nun Westdeutschland in die europäische Gemeinschaft einzubringen? Welche wirtschaftlichen und sozialen Faktoren werden sich hemmend, welche fördernd im Hinblick auf eine europäische Integration auswirken?

Grundsätzlich darf niemals vergessen werden, daß Westdeutschland aus folgenden Gründen eine Sonderstellung in Europa einnimmt:

1. Die Bevölkerung Westdeutschlands — einschließlich Berlins — stieg seit 1939 um mehr als 21 % auf über 50 Mill. Menschen.
2. Die Bevölkerungsdichte von mehr als 200 Menschen je Quadratkilometer bedingt in einem Lande ohne Kolonien oder Auslandsguthaben einen starken Exportdrang zur Deckung der mit wachsendem Volkseinkommen sich vergrößernden Nahrungsmittellücke.
3. Deutschland muß sich deshalb wieder zur Werkstatt, zum Büro und zum Spediteur für andere Länder entwickeln.
4. Deutschlands Bevölkerung ist relativ überaltert, die leistungsfähigsten Jahrgänge sind durch den zweiten Weltkrieg, der die Deutschen rund 3½ Mill. Menschen kostete, stark dezimiert. Ferner gibt es rund 3 Mill. mehr Frauen als Männer in Westdeutschland.
5. Mit etwa 12 Mill. Rentnern hat Westdeutschland die höchste Sozialbelastung aller Volkswirtschaften zu tragen.
6. Die Zerstörung der Arbeitsstätten durch Krieg und Demontagen, das Fehlen von Wohnungen für 5 Mill. Familien, der große Nachholbedarf insbesondere der Flüchtlinge und Ausgebombten, ergibt einerseits einen schier unersättlichen Kapital- und Warenhunger, so daß es für lange Zeit nicht an einer wirksamen Nachfrage fehlen wird, andererseits aber auch eine erhöhte Arbeitsbereitschaft.
7. Noch ist der Kapitalmarkt verödet, der Sparwille der Privatpersonen gering, aber die Investitionsrate hat mit rund 21 % des Bruttosozialproduktes bereits

eine beachtliche Höhe erreicht. Die Ertragsfähigkeit des investierten Kapitals ist dabei zum Teil außerordentlich hoch.

8. Schließlich ist zu ergänzen — und das ist vielleicht der wichtigste Punkt —, daß durch die Zerschneidung Deutschlands sich strukturelle Verzerrungen im Gesamtaufbau der deutschen Wirtschaft ergaben.

Deutschland bringt in die westeuropäische Völkergemeinschaft eine leistungsfähige und außerordentlich entwicklungsfähige Industriewirtschaft ein, deren Gesamterzeugung durch Beseitigung des wichtigsten Engpasses — die Eisen- und Stahlproduktion — infolge der Remontagemöglichkeiten mit weniger Kosten erhöht werden kann als in allen anderen Ländern. Es bringt ferner eine leistungsfähige und -willige Arbeiterschaft mit zum Teil hervorragenden Spezialkenntnissen in die europäische Gemeinschaft. Durch das jähe Abreißen aller ostwärtigen Verbindungen, vor allem auch zu den mittel- und ostdeutschen agrarischen Überschußgebieten, bedarf Westdeutschland einer erheblichen Nahrungsmitteleinfuhr, die es durch seine Industrieausfuhr begleichen muß.

Zwar haben sich von 1949 bis 1951 die deutschen Exporte mehr als verdreifacht, während die Importe sich nur verdoppelten, so daß sich ein Außenhandelsgleichgewicht global gesehen ergibt; aber diese Ziffern sind irreführend und zeigen die Situation in einem allzu rosigen Licht. Deutschland konnte im Vorjahr dank seiner großen Anstrengungen, des Liberalisierungsstops und der Importbereitschaft seiner Partner im Raum der Europäischen Zahlungsunion beträchtliche Überschüsse erzielen, damit seine Schulden abdecken und einen Teil der Anforderungen in freien Dollar begleichen. In diesem Jahr hat sich die Situation jedoch verschlechtert: Zwei der wichtigsten Außenhandelspartner — Großbritannien und Frankreich — mußten ihrerseits Importrestriktionen einführen. Ernste Kollisionsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere im Wettbewerb mit Großbritannien, da beide Länder ein ähnliches Warenangebot auf den gleichen Märkten unterzubringen suchen und die schrumpfenden Währungsreserven der Engländer diese zu einer Forcierung des Außenhandels mit allen Mitteln zwingen.

Die alte Weisheit, daß sich der größte internationale Warenaustausch zwischen hochentwickelten Industrieländern abspielt, gilt auch gegenwärtig noch in der Zeit außergewöhnlicher Knappheiten an wichtigen Grundstoffen und der nach wie vor angewandten Kontingentierung, Devisenbewirtschaftung usw. Deutschlands wichtigste Kunden sind zur Zeit Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, Belgien - Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Erst an siebenter Stelle rangieren trotz der lebhaften Dollar-Drive-Aktion die Käufe der USA. Anders sieht die Reihenfolge der wichtigsten Lieferländer aus: Hier dominieren seit langem die USA.; von dort wird im allgemeinen mehr als doppelt so viel nach Deutschland ausgeführt wie aus dem nächst bedeutsamen Land Großbritannien; es folgen die Niederlande, Schweden und die Schweiz.

Diese mangelnden Entsprechungen der Außenhandelsbeziehungen würden in Zeiten einer freien Konvertibilität der Währungen unwichtig sein, stellen gegenwärtig aber ein bedeutsames und noch ungelöstes Problem dar. Nach Auslaufen der beträchtlichen und wirksamen Hilfeleistungen aus den USA. müssen nun alle Einkäufe in Amerika — abgesehen von den geringfügigen Lieferungen durch die MSA. — in freien Dollar bezahlt werden, soweit sie unsere Exporte nach den USA. übersteigen; dieser Betrag macht gegenwärtig rund 50 Mill. Dollar im Monat aus. Die Europäische Zahlungsunion wird andererseits kaum in der Lage sein, unsere in ihrem Raume anfallenden Exportüberschüsse gemäß der ursprünglich vereinbarten Spielregeln in Dollar zu honorieren. Vielleicht werden sogar diese Überschüsse durch die Restriktionen unserer besten Kunden noch sinken. Umleitungen von Exporten in den Dollarraum über die Niederlande usw., Abwertungsgerüchte in London und Paris und inflationistische Tendenzen in vielen außerdeutschen Ländern verdüstern weiterhin das Bild. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß ein beachtlicher Teil des deutschen Außenhandels ökonomisch kaum sinnvoll ist, kompensieren doch beispielsweise — mengenmäßig gerechnet — die USA.-Kohlenimporte nach Deutschland in den letzten Monaten rund 50 % des deutschen Kohlenexports.

Dr. Herbert Glembin, Hamburg

Freistellung der Spareinlagen von der Mindestreservepflicht

Die Zentrumsfraktion hat vor einiger Zeit einen Gesetzentwurf vorgelegt, der durch entsprechende Streichungen in den §§ 1 und 2 des Emissionsgesetzes vom 20. Juni 1948 die Freistellung der Spareinlagen von der Mindestreservepflicht vorsieht. Zur Zeit sind die Geschäftsbanken gezwungen, 4 % ihrer ausgewiesenen Spareinlagen als Mindestreserve bei ihren Landeszentralbanken zu halten. Das sind gegenwärtig bei einem Gesamtbestand an Spareinlagen von rund 5 Mrd. DM etwa 200 Mill. DM, Von verschiedenen Seiten wird eingewandt, daß es vor allem aus geldpositionellen Gründen unmöglich sei, diese 200 Millionen DM aus dem Zentralbanksystem herauszulösen und davon einen wesentlichen Teil seiner eigentlichen Bestimmung, nämlich der langfristigen Anlage, zuzuführen.

Nur ein Bruchteil der Mindestreserven

An den gesamten Mindestreserven, die außer für Spareinlagen auch, und zwar zu erheblich höheren Sätzen, für Sicht- und Terminverbindlichkeiten gehalten werden müssen, sind die Spareinlagenreserven nur zu einem Bruchteil beteiligt. Nach den zuletzt von der Bank deutscher Länder veröffentlichten Zahlen betrug das gesamte Reserve-Soll im Dezember 1951 2,16 Milliarden DM, von denen, wenn man die Ergebnisse am Monatsende zugrunde legt, nicht einmal 10 % auf die Spareinlagen entfallen. Dagegen macht der entsprechende Anteil für die Mindestreserven der Sichtverbindlichkeiten ungefähr 70 % und für die der Termineinlagen gut 20 % aus. Innerhalb der einzelnen Bankengruppen sind allerdings die Anteile dieser drei Reservekategorien verschieden hoch. So entfällt von